

veranlasste die VU, Kritik an der FBP-Regierung zu äussern. Um 1970 wechselte die Landtagsmehrheit zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg. Es gab grosse Spannungen im Landtag. Dennoch blieben die Diskussionen im Rahmen. Nachdem eine Kommission mit Vertretern aus beiden Parteien gebildet wurde, und dazu auch Wirtschaftsverbände in die Vernehmlassung kamen, wurde auch die Diskussion zur Einführung des neuen Rechtsanwaltsgesetz stabiler. Die neue Kommissionsvorlage wurde von beiden Parteien getragen. Die Vertretung der überarbeiteten Vorlage übernahm nicht mehr die Regierung sondern die Kommission. Die Regierung war aus der Verantwortung genommen und dadurch auch vor parteipolitischer Kritik geschützt. Die Reformen Ende der Achtziger waren schon klassische Vorlagen der Regierung, die vor dem Parlament verteidigt wurden. Die Vertretung der Vorlage durch einen FBP-Ressortchef bei einer VU-Regierung minderte eine parteipolitische Auseinandersetzung und stabilisierte weiter.

Die Regelung der Patentanwälte war der einzige Anlass, wo man explizit auf die Schweiz verwies. Ansonsten stellte man keine Vergleiche mit dem Wirtschaftsnachbar an. Volkswirtschaftliche Wirkungen oder Einflüsse auf den Staatshaushalt wurden in diesen Sitzungen ausgelassen. Interessenkonflikte zwischen Parlamentarier und ihrem Beruf als Anwalt oder Treuhänder waren am Rande zu hören. Indirekt wurde es durch die Petition der Berufsverbände 1968 verdeutlicht. Das andere Mal betonte und verteidigte Ernst Büchel seine Mandate als Patentvertreter.

Das Thema Missbrauch im Gesellschaftswesen wurde unterschiedlich angesprochen. In den Sitzungen von 1968 verzichtete man auf eine Eintretensdebatte und nur der Regierungschef streifte sanft das Problem während der Lesung. Anders in der Reform von 1979, wo in der Eingangsrede bewusst dazu Stellung genommen wurde. Das Thema, wenn auch selten und vorsichtig angesprochen, wurde hier in den 30 Jahren etwas offener diskutiert. Dennoch gingen die Diskussionen im Landtag mehr um den Zugang und die Zulassung zu den Berufen und Tätigkeiten im geschäftlichen Sinne. Die Verhinderung von Skandalen oder das Erschweren von unseriösen Geschäften war kaum Thema einer Auseinandersetzung.